



Themenbereiche

TV-Programm

Sendungen A-Z

Kontakt Impressum



Suche

Erweiterte Suche

18.04.06

Startseite &gt; Politik &amp; Zeitgeschehen

## Politik & Zeitgeschehen

Atom-Streit mit Iran

Schule &amp; Bildung

Gesundheitsreform

Europäische Union

Gesellschaft

ZDF Royal

China

Konflikt in Nahost

Zeitgeschichte

Holocaust-Mahnmal

Erweiterte Suche

## ZDFmediathek



START

- Tausende protestieren gegen "Bombodrom"

- Benedikts erster Oster-Segen

- Happy Birthday - Queen Elizabeth II.

Frontal21 am 18. April 2006

## "Unsinn sollten wir nicht beschließen"

### Föderalismusreform: Korrekturen gefordert

Abgeordnete mehrerer Parteien sowie Vertreter von Wirtschafts- und Umweltverbänden haben erneut dringend Korrekturen an der geplanten

Föderalismusreform gefordert.

Der stellvertretende

SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber sprach gegenüber dem ZDF-Magazin Frontal21 von einem Rückfall in "mittelalterliche Kleinstaaterie" durch die geplante Verfassungsänderung.

von Johannes Hano, Steffen Judzikowski und Anke Lang, 17.04.2006



Die geplante Föderalismusreform würde den Bundesländern teilweise weit reichende Entscheidungsmacht geben.

Unter anderem wird befürchtet, dass Umweltstandards sinken und Unternehmen weniger Planungssicherheit haben würden. "Wir sehen zentrale Knackpunkte im Bildungsbereich aber auch im Umweltrecht, im Bereich der Beamtenbesoldung und auch beim Strafvollzug", sagte der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff. "Hier soll teilweise etwas verschlimmbessert werden."

Beim Umweltrecht, das heute bereits sehr zersplittert sei, habe man auf bundeseinheitliche, integrierte Genehmigungsverfahren gehofft. "Das wird aber nicht stattfinden", mahnte Ringstorff. "Es wird zwar das Bundesumweltgesetzbuch geben, aber im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung können im Naturschutz die Länder dann wieder abweichen und unterschiedliche Regelungen schaffen." Auch für die einheitliche Umsetzung von EU-Recht sei das nicht förderlich.

### Ziel: Blockaden aufheben

Das Bundeskabinett und die Ministerpräsidentenkonferenz hatten im Februar dem Entwurf zur Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern zugestimmt. Die Fraktionsspitzen der Großen Koalition wollen ihn nun ohne Änderungen so schnell wie möglich im Bundestag beschließen. Dagegen hat sich allerdings breiter Protest formiert. Im Mai wird es zur Reform eine Expertenanhörung geben.

Die Reform sollte Entscheidungsblockaden zwischen Bundesrat und Bundestag abbauen sowie politische Prozesse vereinfachen und beschleunigen. Der

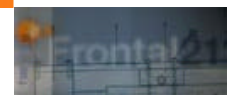


Prof. Hans-Joachim Koch fürchtet sinkende Umweltstandards als Folge der Reform.



Frontal21 - das Magazin im ZDF

nächste Sendung:  
18.04.06 21:00 Uhr



Frontal21-Sendungen im Überblick

- "Einladung zum Abbau von Umweltstandards"
- Die neue Kleinstaaterie
- Föderalismusreform im Bundestag
- Was bringt die Reform dem Bürger?
- Einigung bei der Föderalismusreform
- Kein Geld bei Kündigung
- So erreichen Sie uns

Entwurf räumt den Bundesländern unter anderem nie gekannte Rechte zur Abweichung von Bundesgesetzen ein. Die Folge, so kritisieren Experten, sei Rechtsunsicherheit - und damit werden die Entscheidungen komplizierter statt einfacher.

### "Es könnte Dumping geben"

Umweltschützer warnen: "Die Länder haben Zugriffsrechte in wichtigen Materien des Umweltrechts erhalten, bei denen die Gefahr besteht, dass sie im Wettbewerb miteinander die Standards absenken werden", sagt Prof. Hans-Joachim Koch, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen. Diese Gefahr sieht auch Ministerpräsident Ringstorff. "Es könnte ein Dumping geben", sagt er.



#### Mehr zum Thema

- Interview mit Prof. Koch: "Einladung zum Abbau von Umweltstandards"

Auch für die Wirtschaft werden negative Konsequenzen erwartet. "Es ist für die Unternehmen auch schädlich, wenn sie sich bei Ansiedlungsvorhaben mit unterschiedlichen Umweltrechten auseinandersetzen müssen", sagt Ringstorff. Deshalb bestehe der starke Wunsch, zu bundeseinheitlichen Regelungen zu kommen.



Ulrich Kelber sieht breite Unterstützung für Änderungen an der Reform.

### Warnung: Rechtsunsicherheit entsteht

Um diese zu erreichen, hat der CSU-Abgeordnete Josef Göppel einen Änderungsantrag zum Reformentwurf eingebracht. "Die Abweichungsrechte der Länder sind im Bereich der Baugenehmigungen nicht geeignet, um Investitionssicherheit zu schaffen", kritisiert er gegenüber Frontal21. "Wir haben einen einheitlichen Wirtschaftsraum in Deutschland, und wir brauchen da auch einheitliche Wettbewerbsbedingungen im Bereich der Umweltauflagen."

Durch die vorgesehenen Abweichungsrechte könnten die Länder dagegen eigene Umweltauflagen für Baugenehmigungen erlassen. "Und das bedeutet unterschiedliche Rechtslagen in einzelnen Bundesländern aber auch unterschiedliche Rechtslagen im Zeitverlauf", sagt Göppel. "Wenn wir die jetzigen Abweichungsvorschläge nicht ändern, dann würden wir eine Klagewelle haben bis hin zum Bundesverfassungsgericht und ich glaube auch, dass Investitionen aufgeschoben würden, eben wegen der Unsicherheit, wo, wann, welches Recht gilt."

### BDI: Folgen bedenken

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert Nachbesserungen bei der Reform. "Der BDI dringt darauf, nicht um eines schnellen politischen Erfolgs willen die Augen vor den Folgen der vorgeschlagenen Reform zu verschließen", heißt es in einem Positionspapier, das

Frontal21 vorliegt.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Kelber sieht breite Unterstützung für seine Forderung nach Korrekturen an dem Entwurf. "Die Kritik geht von Greenpeace bis zum Bundesverband der deutschen Industrie und die meisten Experten auch aus den Bundesländern und dem Bundestag haben diese Kritik aufgenommen und wollen eine Veränderung", sagt Kelber.



reuters  
Edmund Stoiber lehnt  
Änderungen am Entwurf  
ab.

### Stoiber: Republik lockern

Der entscheidende Knackpunkt sei jetzt, dass möglichen Änderungen alle Bundesländer zustimmen müssten. Einzelne Verteidiger des bestehenden Entwurfs könnten somit jede Neufassung verhindern. "Beim Bereich der Umweltpolitik ist es etwa Roland Koch aus Hessen, aber insbesondere Edmund Stoiber aus Bayern, der grundsätzlich jede Veränderung ablehnt", sagt Kelber. Stoiber sei nicht bereit, bundesweite, nationale Festlegungen zu akzeptieren. "In der Frage fällt Deutschland in mittelalterliche Kleinstaaterei zurück."

CSU-Ministerpräsident Edmund Stoiber dagegen stellt die Reform als Chance für Deutschland dar. "Das wird nicht komplizierter, sondern man muss ja immer eine Gesamtschau sehen, und die Gesamtschau heißt: wir lockern die blockierte Republik", sagt er gegenüber Frontal21. Eine Wiederaufnahme der Diskussion über einzelne Punkte der Reform lehnt er ab. "Wenn das jetzt scheitert, wird es bei diesem außerordentlich unbefriedigenden System bleiben, dass wir alle seit Jahrzehnten beklagen."

### "Noch eine gute Chance"

Kelber und Ringstorff betrachten neue Verhandlungen dagegen nicht als das Ende der Reform. "Warum soll man nicht, wenn man Schwachstellen erkannt hat, diese noch ausräumen und diese Reform dann zu einer wirklichen Reform machen?", fragt Ringstorff.



**Mehr zum Thema bei Frontal21, Dienstag 21.00 Uhr. Weiteres Thema der Sendung:**

■ Kein Geld bei Kündigung

Kelber stellt fest: "Ich sehe noch eine gute Chance, dass es Änderungen an dieser Reform gibt." Der Druck dazu müsse vom Bundestag ausgehen. Die SPD-Fraktion habe bereits Kritikpunkte benannt. "Jetzt muss der nächste Schritt sein, dass auch die CDU/CSU-Fraktion bereit ist, Änderungen offen einzufordern, damit es dann Bewegung auf der Länderseite gibt." Von Träumen, alles so zu regeln, wie man es auf Bundesebene erwarte, müssten sich die Parlamentarier allerdings verabschieden, meint Kelber. "Da ist die Verfassungsrealität eine andere - aber offensichtlichen Unsinn sollten wir nicht

beschließen."

Die Top 10 unserer Leser - geben Sie auch eine Empfehlung ab!

nicht lesenswert    -3   -2   -1   0   +1   +2   +3    lesenswert

[▶ Übersicht über die Leser Top10](#)

[▶ SCHREIBEN SIE UNS!](#)

[✉ ARTIKEL VERSENDEN](#)

[🖨 ARTIKEL DRUCKEN](#)

[zum Seitenanfang ▲](#)

[Impressum](#)

[Kontakt](#)

[Hilfe](#)

[Über das ZDF](#)

[ZDF-Stellenmarkt](#)

[Erweiterte Suche](#)

© ZDF 2006

